

Gemeinsame PRESSEMITTEILUNG

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP beantragen einen Sachstandsbericht zur aktuellen Betreuungssituation im Jugendhilfeausschuss (21.10.2024)

Kreis Heinsberg. Die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Schule (OGS) hat einen grundlegenden Einfluss auf die Entwicklung und ist Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Umso wichtiger ist es, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zu gewährleisten. Die Landkreise und Kommunen in Deutschland sind gesetzlich verpflichtet, jedem Kind einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder bei einer Tagesmutter zur Verfügung zu stellen. Ab dem 1. August 2026 haben zudem alle neuen Grundschülerinnen und -schüler bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz.

Nach wie vor gibt es im Kreis nicht genügend Kita-Plätze. Die Betreuung ist häufig aufgrund von Personalmangel nur eingeschränkt möglich. Zudem sind die Elternbeiträge je nach Kommune im Kreis sehr unterschiedlich. Gleiches gilt für die Beiträge für die OGS-Betreuung. Der Kreis Heinsberg ist zwar als Jugendhilfeträger nicht für alle Kommunen zuständig, die Kita- und Schulbetreuung sollte aber ganzheitlich betrachtet werden.

Dr. Sabrina Grübener für die Grüne-Kreistagsfraktion: „Die Familien im Kreis Heinsberg brauchen verlässliche und gute Betreuungsstrukturen im Kita- und Schulbereich. Dafür müssen wir wissen, wo jetzt schon Plätze fehlen und Angebote ausgebaut werden müssen. Wichtig ist auch, dass die einzelnen Kommunen diese Aufgabe zusammen meistern.“

„Wir wollen ein familienfreundlicher Kreis sein, also müssen wir auch etwas dafür tun. Dazu gehören sowohl ausreichend Betreuungsplätze als auch ein gutes Bildungsangebot für die betreuten Kinder. Neben dem Wohl der Kinder, ist uns wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betreuungseinrichtungen unter bestmöglichen Voraussetzungen arbeiten“, erklärt Andrea Reh, Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion im Jugendhilfeausschuss und stellvertretende Landrätin.

Stefan Lenzen, FDP-Fraktionschef stellt klar: „Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder den Übergang in die Grundschule meistern können. Es ist besorgniserregend, dass immer mehr Kinder bei der Einschulung Defizite haben. Besonders im sprachlichen Bereich sehen wir Handlungsbedarf. Die Ablehnung der NRW-Schulministerin, verbindliche Qualitätsstandards im OGS-Bereich gesetzlich zu regeln, macht mich sprachlos.“

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP fordern zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen umfassenden Sachstandsbericht zur aktuellen Betreuungssituation im Kreis Heinsberg.